

Vize-Bürgermeister Hof eröffnet die Sitzung und macht folgende Mitteilungen:

Antrag des St.-R. Gräf und Genossen:

Der Weltkrieg, der in so vielem Belang eine Änderung in der Erkenntnis des Guten und Nützlichen herbeigeführt, soll und kann auch auf dem Gebiete des Automobilverkehrs im Bereiche der Stadt eine vorteilhafte Umgestaltung herbeiführen. Derzeit sind die meisten, die Luft der Stadt verpestenden Benzinautos zur Kriegsdienstleistung außerhalb in den Kriegsgebieten in Verwendung, wo diese der Kriegsverwaltung im Felde gewiß erspriessliche Leistungen vollbringen; aber für den Wiener Stadtverkehr sollen diese in ihrer

früheren Anzahl in Wien verschwinden und ausgeschlossen werden, da der lästige Benzingeruch durch Abgasung und Auspuffwolken und der unruhige Betrieb keinesfalls den Bewohnern der Stadt zuträglich ist.

Die Gemeinde Wien besitzt großartige leistungsfähige Elektrizitätswerke mit Überlandstation in Zillingdorf nach den neuesten Errungenschaften der Technik wie keine zweite Stadt der Welt und daher muß auch die Möglichkeit geschaffen werden, daß in Wien im Stadtbereich der Personen- sowie besonders der Lastenautobetrieb aller Art nur mit elektrischem Kraftantrieb in Verwendung komme.

Durch die Errichtung von Ladestationen an geeigneten Punkten, sowie in allen Endstationen der elektrischen Straßenbahnen (in den Mistwagenbetriebsstätten etc.) wird es möglich werden, auch noch zirka 20 km außerhalb der Wiener Gemeindegrenze das Elektroauto benützen zu können, umso mehr, wenn durch die österreichischen Automobilfabrikanten ein an Größe und Form gleichmäßiger Akkumulator hergestellt und in den Ladestationen dadurch ein eventueller Umtausch der Batterie erfolgen kann.

Da der Elektrobetrieb ein leichter, ruhiger, sicherer, die Luft nicht vergiftender und jedenfalls auch billiger als mit Benzin ist und die Karrosserien kleiner, leichter und im Aussehen gefälliger gehalten werden können, wird der Stadtverkehr dadurch zweifellos günstiger wie bisher beeinflusst werden.

Ich stelle daher den Antrag:

1. Es sei dahin zu wirken, daß für Automobile mit Benzinbetrieb im Wiener Stadtraum keine weiteren Lizenzen erteilt werden, und der Betrieb solcher nur auf Überland- und Tourenwagen möglichst beschränkt wird.

2. Es seien im Wiener Stadtraum an geeigneten Plätzen und Straßenzügen und in allen Endstationen der elektrischen Straßenbahnen Akkumulatoren-Lade-, beziehungsweise Austauschstationen zu errichten.

3. Es sei mit den in Betracht kommenden Automobilfabrikanten, respektive Akkumulatoren-Industriebetrieben zu verhandeln, damit in Form, Größe und Stärke einheitliche Akkumulatoren in die Elektromobile eingebaut werden, damit auch eventuell ein Austausch der Batterie in den Hauptladestationen ohne weiteres erfolgen kann.

4. Die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke der Gemeinde Wien sei zu beauftragen, dem Stadtrat ehemöglichst einen Bericht bezüglich der Durchführungsmöglichkeit der gedachten Ladestationen und deren voraussichtliche Vorteile im allgemeinen, sowie über die Betriebskosten der elektrischen Triebkraft vorzulegen.

(Wird der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke zur Berichterstattung zugewiesen.)